

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 136. Ratssitzung vom 17. Dezember 2016

2529. 2016/305

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 135, Beschluss-Nr. 2529/2016)

Beschlüsse:

Antrag 052.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *Zum Kochareal könnte man vieles sagen. Es bietet sich auch an, insbesondere wenn der Stadtrat viel Gutes machen will, aber manchmal Seltsames dabei herauskommt. Der Stadtrat hat in einer Nacht- und Nebelaktion das Land gekauft, über Weihnachten/Neujahr, so dass niemand reagieren konnte. Wir brauchen Land, um unsere hehren Ziele in der Gemeindeordnung zu erreichen. Der Stadtrat hat aber bisher nichts mit diesem Land gemacht. Er will Gewerbe fördern, günstige Wohnungen bauen, die 2000-Watt-Gesellschaft einhalten, das Ganze sozialverträglich planen. Auch der Denkmalschutz ist dort noch ein wichtiges Thema. Zum Schluss kommt man zu einer Mischung, die man gar nicht mehr richtig planen kann. Das führt dazu, dass man heute nach Jahren, in denen die Stadt schon so viele Ideen auf dem Land realisieren wollte, noch nirgendwo ist. Das soll jemand anderes machen als die Stadt, es dauert zu lange, weil man all die Ansprüche befriedigen muss. Was auf dem Gelände, das der Stadtrat per Dringlichkeitsbeschluss beschafft hat, passiert, muss am Schluss das Volk regeln. Darum haben wir die Initiative lanciert, damit man nachher vom Volk auch den Auftrag bekommt, dieses zu verkaufen oder zu nutzen. Wir stimmen dem Antrag der SVP zu.*

Mario Mariani (CVP): *Es wurde geschildert, was der Stadtrat alles auf dem Areal machen will. Wir haben vor einer Woche eine Motion eingereicht, um den Stadtrat dazu aufzufordern, auf dem Kochareal vorwärts zu machen. Deshalb können wir den Antrag nicht unterstützen. Das Volk muss das regeln und das dauert. Deshalb macht der Antrag keinen Sinn und wir werden ihn ablehnen.*

Roger Liebi (SVP): *Es geht hier um die kriminellen oder illegalen Hausbesetzer, denen man damals eine Unterkunft kaufte. Quasi die Umsiedlung des Binzareals in das Kochareal. 70 Millionen Franken hat man dafür ausgegeben. Dort belässt man die Leute über Jahre. Dann erzählt man uns etwas über Rechtsgleichheit in der Stadt. Was hier passiert, hat mit Rechtsgleichheit überhaupt nichts zu tun. Da ja offensichtlich das Gelände bis heute nicht für den gemeinnützigen Wohnbau genutzt wurde, kann man es*

2 / 47

auch verkaufen. Dann wird es relativ schnell neue Wohnungen geben, die man dringend in der Stadt benötigt. Wenn man für Rechtsgleichheit ist und für Wohnungen, sollte man Platz machen für Privatinvestoren, die etwas für die Leute machen wollen und nicht gegen sie.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Der Stadtrat müsste eigentlich ein ureigenes Interesse daran haben, das Gelände möglichst schnell selber zu verkaufen. Ansonsten wird die Bürokratie aktiv und bevor das Gelände verkauft und abgerissen wird, kommt der Heimat- und Denkmalschutz auf die Idee, das Gebäude noch ins Inventar aufzunehmen. Das wäre die Symbolik, die dem Stadtrat wirklich gut tun würde.*

Samuel Balsiger (SVP): *Zeiten ändern sich und so stark, dass heute die Rechtsbürgerlichen gegen die Ungerechtigkeit des Systems ankämpfen und rebellieren. Heute sind es die Rechtsbürgerlichen, die eine gesamtgesellschaftliche Gegenbewegung starten und weltweit in den westlichen Gesellschaften die Systeme umkrepeln. Weil die Sozialisten und Gutmenschen heute die Langweiler sind, brauchen sie ein Leuchtturmprojekt, damit sie glauben, sie wären immer noch so anarchistisch wie 1968. Weil sie so kleingeistig sind, merken sie gar nicht, dass das Projekt so schmutzig ist, dass es zum Himmel stinkt. Wenn man dort Anwohner ist und zusehen muss, wie die Illegalen den Raum besetzen, in den Eingang urinieren und Hanfanlagen anbauen, erkennt man, dass man Dreck für Freiheit hält, die Gegenbewegung von der anderen Seite aus stattfindet und weiter geht.*

Urs Fehr (SVP): *Die kriminellen Elemente, die auf dem Areal verkehren, deckt man auf diese Art und Weise. Das Land hat man mit Notrecht gekauft, an jeder demokratischen Legitimation vorbei, völlig unnötig. Das sollten die Leute wissen. Wenn man die GLP wählt, kann man gleich auch die Grünen oder die Sozialisten wählen. Wenn man bürgerliche Politik will, muss man uns oder die FDP wählen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Die Kompetenz des Stadtrats ist durch die Bestimmung, die der Gemeinderat und das Volk erlassen haben, legitimiert. Für uns kam das Verkaufsangebot sehr überraschend und es wurde klar gemacht, dass dieses nur bis Ende Jahr gilt. Was all die scheinbar privaten Wünsche angeht, die sind alle per Volksabstimmung in der Gemeindeordnung festgeschrieben und vom Souverän gewünscht. In Sachen Planungshorizont sind wir mit dem Areal ein wenig länger unterwegs, aber werden das mit allen Planungsinstrumenten plus minus auch einhalten. Die Stadt plant mit aller Energie die Überbauung mit Wohnbauten, Gewerbenutzung und dem Park, wofür wir letztlich das Areal gekauft haben. Ein Fiskalvermögen, das in den Büchern ist, ist nur Liquidität und kein Buchgewinn.*

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Der Stadtrat hat nicht nur Werbung gemacht in Bern für das Asylzentrum, man musste nachher im Rat noch einen Sonderbeschluss machen, dass Stadtrat Waser der einzige sei, der die Position übernehmen und die AOZ führen kann. Der Firma also, die nachher das Asylzentrum betreibt. Das ist rot-grüne Vetterliwirtschaft, die man hier betreibt. Wenn dies ein Bürgerlicher machen würde, würden alle aufschreien.

Markus Knauss (Grüne): Die Idee eines Bundesasylzentrums in den Städten kam nicht von Stadtrat Waser. Das erste Mal hatte die Idee Alfred Heer, seines Zeichnes Kantonalpräsident der SVP.

S. 168	20 2028 3182 0000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften des Verwaltungsvermögens Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
053.	Antrag Stadtrat				3 500 000	Mehrheit
			3 500 000		0	Minderheit
						Enthaltung
						Vizepräsident Michael Baumer (FDP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP) Präsident Walter Angst (AL)
			Begründung: Verzicht auf das Bundesasylzentrum Zürich			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 22 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zu.

Antrag 054.

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): Der Aufwand bei den Wohnsiedlungen und dem Reinigungsaufwand ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, von rund 2,1 Millionen Franken auf inzwischen bald 2,5 Millionen Franken. Unter anderem auch aufgrund der neuen Siedlung Kronenwiese. Dort enthalten sind aber auch der Beratungsaufwand, Bewachung und Verwaltungsaufwände, die auch ansteigen. Deshalb beantragt die RPK eine Kürzung auf diesem Konto um 100 000 Franken.

50 000	339 300	Zustimmung	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)

Begründung: Keine Reserve einplanen, Budget bisher nicht ausgeschöpft

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 056.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Traber (CVP): Hier kann man aufgrund der Rechnung und des Budgets der letzten Jahre eine deutliche Erhöhung feststellen, von rund 260 000 Franken auf 331 000 Franken. Der Hauptgrund ist eine geplante Mitarbeiterbefragung zum Thema berufliche Integration und Gesundheitsmanagement. Aufgrund geänderter Konzeptionen fällt der Bedarf um rund 20 000 Franken tiefer aus, deshalb bewegt sich auch die Kürzung in der Höhe dieses Betrags.

Walter Angst (AL): Wir gehen in die Mehrheit.

S. 179	20 2050 3181 0000	FINANZDEPARTEMENT Human Resources Management Post- und Telekommunikationsgebühren				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
056.	Antrag Stadtrat				331 900	Minderheit
			20 000		311 900	Mehrheit
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne) Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Keine so deutliche Budgeterhöhung

7 / 47

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 057.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mario Mariani (CVP): Bei der OIZ sollen zwei neue Stellen geschaffen werden. Die Minderheit ist der Ansicht, dass eine Stelle genügen würde. Es geht hier um den IT- und Security-Bereich, eine wichtige Aufgabe und man soll hier die nötigen Vorkehrungen treffen. In einem Budget von 50 Millionen Franken sollte die Kürzung mit Stellenverschiebungen möglich sein.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit ist der Meinung, dass man genau bei der IT/Security besser nicht spart. Wir haben bei der OIZ 6,25 Millionen Franken auf Sachkonten gespart. Wenn sich herausstellen sollte, dass man weniger Personal benötigt, kann man eine Budgetübertragung machen. Aber weitere Kürzungen, insbesondere auf diesem Konto, möchte die Mehrheit nicht vornehmen.

S. 184	20 2080 3010 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
057.	Antrag Stadtrat				49 818 300	Mehrheit
			120 000		49 698 300	Minderheit

Begründung: Nur eine neue Stelle schaffen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 058.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dorothea Frei (SP): *Wir haben die Liste durchgearbeitet und wollen zwei Posten streichen. Einmal 50 000 Franken für die Zertifizierung der Energieeffizienz im Rechenzentrum und einmal 55 000 Franken für die periodisch geplante Kundenumfrage.*

Walter Angst (AL): *Die Minderheit ist der Meinung, dass man mit den 6,25 Millionen Franken das Ziel erreicht hat und möchte nicht weiter intervenieren, wie die OIZ ihr Geschäft führt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Das Parlament hat mit dem Entscheid am Mittwoch klar gezeigt, dass sich die gesamte IT strecken muss, das nimmt sie als Auftrag ernst. Auf diesem konkreten Konto werden wir eine Kürzung haben. Die Kundenumfrage hat die OIZ sowieso schon ausgetönt, die wäre nach zwei Jahren wieder das erste Mal, sie ist vorher jährlich gemacht worden. Die Mittel stehen jetzt nicht zur Verfügung, aber wir werden dies nächstes Jahr wieder beantragen. Eine Dienstabteilung, die so für die ganze Stadtverwaltung als Querschnittsabteilung funktionieren muss, braucht von Zeit zu Zeit eine Rückmeldung. Hier sind wir auf dem richtigen Kurs und setzen die Mittel richtig ein. Die OIZ steht heute an einem ganz anderen Punkt, was nur möglich ist, wenn man regelmässig eine Rückmeldung von den Partnern und Leistungsträgern bekommt.*

S. 185	20 2080 3186 0000	FINANZDEPARTEMENT Organisation und Informatik Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
058.	Antrag Stadtrat				2 908 000	Minderheit
			105 000		2 803 000	Mehrheit
						Präsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne) Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Drittaufträge hinterfragen, z. B. für Kundenumfrage oder Zertifizierungen

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

PRÄSIDIALDEPARTEMENT

Antrag 023.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Gerechtigkeit bei der Durchführung von Assessments ist wichtig, weshalb wir hier die Kürzung der 18 500 Franken beantragen.

Shaibal Roy (GLP): Die RPK-Mehrheit hat schon per Tabellenantrag eine begründete Kürzung auf den Konti vorgenommen und unterstützt deshalb keine weitere Kürzung auf diesem Konto. Andererseits haben wir auch ein Postulat überwiesen, das die Regelung in Bezug auf Assessments neu klären soll. Hier geht es konkret um die Nachfolge der Stabschefin der Stadtpräsidentin, die gleichzeitig auch noch Departementsjuristin ist und in den Ruhestand tritt. Deshalb erachtet die Mehrheit die Budgetierung der zwei Assessments als angemessen und gemäss dem Postulat wird es inskünftig hoffentlich eine einheitliche Regelung für Assessments auf dieser Stufe geben. Die Mehrheit beantragt die Ablehnung des Antrags.

S. 118	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT				
	1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung				
	3092 0000	Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat				20 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			18 500		1 500 Minderheit	Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Keine externen Assessments durchführen			

10 / 47

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 024.

Kommissionsreferent:

Christian Traber (CVP): Hierbei handelt es sich um ein Sammelsurium-Konto im Präsidialdepartement. Die Nachfrage hat ergeben, dass es ziemlich viele einzelne kleine Beträge sind. Es geht aber nicht nur um Dienstleistungen Dritter, sondern auch um Sitzungsinfrastruktur, also Räume und Sitzungsverpflegung, Behörden und Anlässe. Die Erfahrung zeigt, dass der Budgetposten in den letzten Jahren nur zu rund 75 000 Franken ausgeschöpft wurde, deshalb kürzt die einstimmige Mehrheit hier moderat um 20 000 Franken.

S. 118	15 1500 3180 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat		20 000		100 000 80 000	Zustimmung
						Christian Traber (CVP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Budgetreserve reduzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 025.

Kommissionsminderheiten:

Dr. Daniel Regli (SVP): Auf dem Lohnkonto wollen wir 84 600 Franken kürzen. Im letzten Jahr haben wir dies fürs Art Dock aufgewendet. Es gab aus der Dienstabteilung keine Probleme zu vermehren, weshalb wir davon ausgehen, dass es auch 2017 ohne die-

sen Betrag funktioniert.

Shaibal Roy (GLP): Auf dem Konto sind die Löhne der Leitung Kultur, Förderressorts sowie der städtischen Kulturbetriebe Helmhaus, Filmpodium und Theaterspektakel verbucht. Wenn man einen Vergleich zieht über die letzten verfügbaren Rechnungsperioden 2013 bis zum Budget 2016/2017, dann sieht man, dass auf dem Konto bereits der Aufwand von über 4,1 Millionen Franken auf unter 3,7 Millionen Franken gesunken ist. Die letztjährige 10 %-Kürzung, die der Gemeinderat vorgenommen hat, fiel einem einmaligen Förderbeitrag fürs Art Dock zulasten und jetzt sind 71 000 Franken von 84 000 Franken wieder ins Budget aufgenommen worden. Wenn man den gleichen Betrag wie 2016 hätte sprechen wollen, hätte die Kürzung 71 100 Franken betragen müssen, wenn man es genau nehmen will. Aufgrund der aufgezeigten Budgetdisziplin und mit einer aktiven Reduktion um 10 %, beantragt die Minderheit eine Ablehnung des Antrags.

S. 120	15 1501 3010 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025.	Antrag Stadtrat				3 694 900	Minderheit 1
			84 000		3 610 900	Minderheit 2
						Enthaltung
						Präsident Walter Angst (AL)
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
						Peter Schick (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Begründung: Reduzierte Lohnsumme von 2016 aufrecht erhalten

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 1 mit 74 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 026. und 027.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): Bei den Anträgen geht es darum, dass die Stadt ein sehr breites Kulturangebot selber produziert und die Produktion eines Kulturangebots, das nicht beworben ist, ist sinnlos, denn Kultur findet erst statt, wenn sie Zuschauer hat oder Leute daran partizipieren. Insofern ist es richtig, wenn man das bewirbt. Die Stadt stellt jetzt aber für Druck- und Insertionskosten 750 000 Franken für das nächste Jahr ein. Wenn man vergleicht, wie andere Kulturbetriebe auf das eigene Budget zurückgreifen, sieht

man grosse Diskrepanzen. Das Sogar Theater hat jeden Monat ein bis zwei Produktionen und kommt mit Druckkosten von 5000 Franken aus. Wenn man sieht, wieviel Geld in die Produktion von Kultur und wieviel Geld in die Bewerbung dieser Produktionen gesteckt wird, dann treffen die kleinen Häuser eine klare Kosten-Nutzen-Abwägung zugunsten der Produktion und versuchen mit wenig Kostenaufwand intelligent zu werben. Das zeigt, dass hier relativ viel Luft drin ist und der Kostendruck auf den Druck- und Insertionskosten nicht sehr gross ist. Darum kürzen wir beide Posten um einen Drittel und sind der Meinung, dass man auch mit einer halben Million die Kulturproduktionen, die die Stadt selber herstellt, durchaus genügend bewerben kann.

Shaibal Roy (GLP): Hier hat die RPK-Mehrheit schon einen Tabellenantrag, eine Kürzung auf einem Konto mit einer stringenten Begründung und Methodik durchgeführt und möchte keine weiteren Kürzungen mehr auf diesen Konti. Dass man allenfalls mit weniger Druckkosten eine wirksame Werbung betreiben könnte, würde ich nicht anzweifeln. Aber über 40 % des Budgets herauszustreichen, ohne eine Rückfrage gestellt zu haben, was das für Konsequenzen hätte oder wie das entsprechend umgesetzt werden soll, finde ich eine abenteuerliche Herleitung des Betrags. Entsprechend beantragt die Mehrheit die Ablehnung. Auf dem nächsten Konto sind die Insertionsaufwendungen eingetragen und unter anderem sind von den 489 900 Franken 180 000 Franken für die Medienpartnerschaft des Theaterspektakels mit dem Tagesanzeiger drin. Es gibt entsprechende Einnahmen auf einem Gegenkonto. Eine Kürzung beim Theaterspektakel macht keinen Sinn, weil entsprechend die Gegeneinnahmen auf dem Konto verbucht sind. Man müsste dies auf dem Restbetrag applizieren und das wären wiederum über 60 %. Wir haben einerseits 60 %, auf dem anderen Konto über 40 %, wenn man ein Drittel herausstreichen will, soll man auch effektiv ein Drittel herausstreichen. Ohne Einnahmehausfälle fürs Theater am Hechtplatz ist das sicher nicht umsetzbar, das sind 150 000 Franken auf dem Konto und auch das wäre budgettechnisch nicht wirklich intelligent, weil man entsprechend weniger Einnahmen auf dieser Kulturinstitution verbuchen würde. Es ist auch nicht so sinnvoll, dort die Kürzung zu applizieren und entsprechend beantragen wir, den Antrag abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Die Minderheit hat sehr wohl Rückfragen gestellt, jedoch nicht in der RPK, sondern bei Andreas Thiel, bei seinem Besuch in der Kulturgruppe des Gemeinderats. Wir haben ihn gefragt, was für ihn als Kleinkünstler, der nicht angestellt ist, das grösste Problem darstellt. Er meinte, dass sie sich durch Private vielleicht noch eine Bühne oder so organisieren, doch bei der Werbung nicht mithalten können.

Michael Baumer (FDP): Wenn man keinen eigenen Antrag stellt, kann man mehr Energie darauf verwenden, das Haar in der Suppe von anderen zu suchen.

Roger Liebi (SVP): Es scheint so, als ob nur staatliche Kultur eine gute Kultur ist. Die Kulturschaffenden, die keine staatliche Unterstützung bekommen, können schlichtweg nicht das Geld für die Werbung aufbringen. Die Schere wird noch grösser, weil Geld eingesetzt wird, das gar nicht vorhanden ist. Man schafft hier eine

Zweiklassenkunstgesellschaft und das kann nicht auf der Parteilinie der GLP sein.

Dr. Daniel Regli (SVP): *Ein formaler Aspekt: Es hiess, es sei das Prinzip des tabellarischen Antrags, dass man hinten nichts mehr beantragen kann. Das stimmt nicht. Zumal die Dienstabteilung Kultur vorne gar nicht drin ist, darf man natürlich hinten noch zusätzliche Beträge für Kürzungen beantragen.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Als Präsident der interfraktionellen Kulturgruppe kann ich Stefan Urech (SVP) nur zustimmen: Künstlersubventionen machen Künstler träge. Wir müssen Künstlersubventionen dort einsetzen, wo sie nicht zu Trägheit führen. Ich bin nicht für Rasenmäheranträge.*

Shaibal Roy (GLP): *Wir haben Tabellenanträge, wo wir Konti ausgewählt haben und dort gezielte Streichungen gemacht haben, und streichen deshalb nicht noch zusätzlich andere Konti, die wir in die Tabelle hätten aufnehmen können.*

S. 120	15 1501 3101 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026.	Antrag Stadtrat				381 400	Mehrheit
			163 000		218 400	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
			Begründung:	Verschiedene Kulturinstitutionen zeigen, dass man mit weniger Druckkosten das Angebot wirksam bewerben kann		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

15 / 47

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Es geht hier um 20 000 Franken, die uns nah an die Sanierung des Budgets heranführen. Wenn etwas nicht ausreicht, kann man einen Nachtragskredit stellen – das finde ich eine spezielle Art und Weise, wie man eine Budgetplanung angeht. Entweder macht man Kürzungen und steht dazu, aber man sollte nicht jedesmal sagen, dass man Nachtragskredite stellen kann, das ist keine sinnvolle und seriöse Budgetierung. Wir teilen den Antrag, aber wir teilen nicht die Ansicht, dass danach noch ein Zusatzkredit eingereicht werden soll.

S. 120	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1501	Kultur				
	3111 0000	Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
028.	Antrag Stadtrat				94 200 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			20 000		74 200 Mehrheit	Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Shaibal Roy (GLP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
						Enthaltung Präsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Reduktion, da das Budget in der Vergangenheit bei weitem nicht ausgeschöpft wurde			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Auf diesem Posten sind Positionen dabei, bei denen es um Raummieten im Ausland geht. Bei der E-Musik geht es um eine Atelierwohnung in Berlin, bei Jazz/Rock/Pop geht es um ein Atelier in New York, um eine Atelierwohnung in Berlin im gleichen Kontext, im Bereich bildende Kunst haben wir Ateliers in Paris, New York, Genua, Istanbul und im Ressort Tanz eine Raummiete in San Francisco. Im Bereich Diverses eine Miete in Kunming und eine Miete in Varanasi. Man kann für Kunst und Kultur sein, aber irgendwo hört das auf. Wir müssen schauen, dass wir die Finanzen in Ordnung bekommen, dann können wir keine Ateliers in Südindien und San Francisco zahlen. Man muss das Machbare machen und nicht das Wünschbare realisieren. Ist es für

die Förderung der Kunst und Kultur der Stadt und der Schweiz wesentlich, dass man Ateliers in San Francisco und Südindien zahlt? Wir beantragen den Betrag um die 207 400 Franken zu kürzen.

Shaibal Roy (GLP): Es gibt im Rahmen des Kulturleitbildes Stipendiate für Kunstschaffende, die vergeben werden und auf dieser Basis auch bis Ende 2018 gesprochen worden sind. Dort stehen auch die Kündigungsfristen. Varanasi ist, als Beispiel, frühestens per 30. September 2019 kündbar. Wie soll man den Betrag genau einsparen im 2017? Die RPK-Mehrheit beantragt die Ablehnung des Antrags mangels Umsetzbarkeit.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Wir haben hier Nachfragen gestellt bei Andreas Thiel und er hat uns eindrücklich geschildert, wie sich die Künstler, die wenigen Glücklichen, die von der Stadt ausgewählt werden, quasi mit dem Messer an die Gurgel gehen, um an die Stipendien zu kommen. Für sie sind das Ferien. Danach muss man nichts vorzeigen, man muss einzig ein kurzes Dossier schreiben, um zu erklären, was man in dem Jahr gemacht hat. Das finden wir unglaublich.

Severin Pflüger (FDP): Wir mieten die Ateliers, um ein paar Talente, die wir in unserer Stadt haben, ins Ausland zu schicken. Sie also aus unserem Kulturkuchen herausnehmen und in einen anderen Kulturkuchen hineinsetzen, damit man sie mit den gemachten Eindrücken und dem kulturellen Austausch wieder zurück nach Zürich bringen kann, damit hier der Kulturbereich wieder befruchtet wird. Die Künstler liegen nicht auf der faulen Haut. Und die wenigen Glücklichen haben wir, weil es auch ein Wettbewerbsfeld sein soll, wir schicken nicht jeden, sondern wollen einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Wenn die Künstler dann acht Seiten heimbringen, zeigt das Stück Papier, wie der Austausch ihren Horizont geöffnet hat. Das dümmste, was wir machen können, ist, unsere Künstler nie aus Zürich herauszulassen und sie sich immer nur im gleichen Kreis drehen zu lassen. Das ist eine Grundsatzentscheidung, wie wir in der Stadt Kulturpolitik betreiben.

Urs Fehr (SVP): Wer bestimmt denn, was gut ist und was nicht, das ist ja immer subjektiv. Der, der so lange Kündigungsfristen ausgehandelt hat, den muss man auf der Stelle entlassen. Solche mehrjährigen Kündigungsfristen im Ausland, wo sich der Immobilienmarkt auch verändert, das macht kein Privater. Wenn man sie schon abgemacht hat, kann man die Räume auch untervermieten, das wäre auch eine Option.

Roger Liebi (SVP): Es gibt Hunderte solcher Künstler und Tänzer, es ist die Frage, wer in den Genuss eines solchen Stipendiats kommt. Ich würde mindestens erwarten, in einer Stadt, die internationale Ausstrahlung haben will, dass ich diese Künstler namentlich kenne. Deshalb würde ich gerne wissen, was uns die grossartigen Tänzer, die ein Jahr in Amerika waren, gebracht haben? Aber ich kenne sie nicht. Im Rahmen dessen, dass man auf die Finanzen achten muss, habe ich dafür kein Verständnis. Man muss sich auch einmal von etwas trennen, das nicht im Zentrum der städtischen Ausgaben steht. Wenn ausgerechnet ein Künstler nicht so frei ist, seine Sporen im

Ausland selbst abzuverdienen und er ins Ausland geschickt werden muss, haben wir vermutlich etwas falsch gemacht.

Stefan Urech (SVP): *In Zusammenhang mit der Zürcher Kulturindustrie das Wort Marktwirtschaft in den Mund zu nehmen, finde ich sehr gewagt. Was nimmt ein Künstler aus San Francisco mit hierhin, was er hier nicht bekommt? Wir haben in diesem Bereich top Ausbildungsstätten. Auf diesem Konto befindet sich auch die Writers in Residence-Wohnung, was bedeutet, dass ausländischen Künstlern ein Jahr lang von der Stadt eine Wohnung gezahlt wird. Über die Hälfte von ihnen liefern nichts, keinen Text, keinen Artikel, kein Gedicht über Zürich. Das bringt uns nichts und muss bei über 70 Millionen Franken budgetierten Kosten im Minus gestrichen werden.*

S. 121	15 1501 3160 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Miete und Pacht von Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
029.	Antrag Stadtrat				707 400	Mehrheit
			207 400		500 000	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP)
			Begründung: Unnötige Mieten vor allem im Ausland reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 030.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Die RPK-Mehrheit beantragt, gemäss der detaillierten Aufstellung auf dem Konto, das der RPK zur Verfügung stand, eine Streichung der budgetierten Reserven. Insbesondere auf dem Budgetposten der Kulturleitung Stab, wo 40 000 Franken zur Verfügung stehen. Aber auch bei anderen explizit aufgeführten Pilotprojekten, Evaluationen und anderen Budgetposten, bei denen sich die Mehrheit jedoch nicht explizit festlegen will, wo die weitere Kürzung von 60 000 Franken umgesetzt werden soll. Deshalb überträgt die Mehrheit den Antragstellen der Leitung die Kompetenz, wie die*



19 / 47

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 031.

Kommissionsmehrheit:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK-Mehrheit verlangt einen detaillierten Projektbeschrieb vom neuen Architekturzentrum im Museum Bellerive, bevor die Gelder definitiv gesprochen werden können. Zwar ist das Projekt auch im Rahmen des neuen Kulturleitbilds aufgeführt worden und auch die Trägerschaft ist definiert, doch viel mehr ist dem Gemeinderat nicht bekannt. Unklar sind vor allem die finanziellen Rahmenbedingungen, wer trägt was, es fehlt die komplette Grundlage, um den Betrag zum heutigen Zeitpunkt überhaupt zu sprechen. Sobald die Details bekannt sind, kann der Stadtrat mit einem allfälligen nötigen Zusatzkredit wieder auf uns zukommen. Wir beurteilen einen allfälligen Betrag mittels einer Entscheidungsgrundlage, die uns heute leider fehlt. Wir beantragen deshalb die Kürzung von 105 000 Franken auf diesem Konto.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Das Projekt Architekturzentrum ist sehr weit, aber der Beschluss liegt noch nicht vor. Wir legen diesen gerne zu gegebener Zeit vor. Es ist eine Partnerschaft, die in einer längeren Projektierungsphase zusammengestellt worden ist, aus ETH, dem Bund Schweizer Architekten und dem Architekturforum. Das Projekt ist auch in Erfüllung eines gemeinderätlichen Vorstosses erfolgt, der überwiesen wurde. Dieser verlangt, den Corbusier-Pavillon, das Bellerive, das Atelier Haller und die Institution an der unteren Höschgasse in das Museumskonzept, in eine Entwicklung einer Museumsmeile untere Höschgasse, zu integrieren.

Kommissionsminderheit:

Roger Liebi (SVP): In all den Jahren konnte ich mir alles vorstellen, was die Linken einmal machen und anstellen könnten. Doch was ich nie gedacht hätte, war, dass SP, AL und Grüne jemals die NZZ subventionieren. In diesem Betrag ist auch die Subventionierung des Zürcher Filmfestivals drin, dessen Aktienmehrheit mittlerweile von der NZZ gekauft wurde. Eine private Firma wie die NZZ sollte keine Hilfe von Rot-Grün und der AL bekommen. Sie müsste sich aus eigenen Mitteln finanzieren können und nicht mit Subventionen der Stadt.

20 / 47

Weitere Wortmeldung:

Dr. Mario Babini (parteilos): *Es gibt Liberale und mehr oder weniger Liberale. Die Credit Suisse baut mittlerweile Tausende von Stellen in der Schweiz ab. Darum sollte man sich kümmern und sie nicht noch auffordern, Sponsoring zu machen, wenn sie kein Geld hat.*

S. 122	15 1501 3652 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Kulturförderungsbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat		3 350 000		108 073 900 104 723 900	Minderheit
			105 000		107 968 900	Mehrheit
						Enthaltung
						Stefan Urech (SVP) Referent, Peter Schick (SVP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP), Felix Moser (Grüne)
			Begründung: SVP: Ressort-Kredite, Stipendien und weitere Beiträge reduzieren, Beitrag Zürcher Filmfestival nach Einstieg NZZ annullieren; GLP: Kein Kredit ohne detaillierten Projektbeschrieb (Architekturzentrum Fr. 105 000), gegebenenfalls Zusatzkredit beantragen			

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(108 073 900)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(107 968 900)	101 Stimmen
Antrag Minderheit	(104 723 900)	<u>22 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 032.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die RPK-Mehrheit beantragt eine Kürzung um 600 000 Franken, gesamthaft eingestellt sind 3,5 Millionen Franken. Zum einen wollen wir die 0,6 Vollzeiteinheiten streichen, die bei der interkulturellen Programmwoche über die Weisung offiziell beglaubigt werden. Wir werden auch dort dagegen opponieren. Wir haben 5,8 Vollzeiteinheiten bei Gesellschaft und Raum, 9 Vollzeiteinheiten bei der Integration, wir haben 2,7 Vollzeiteinheiten bei den Aussenbeziehungen. Es ist aus Sicht der Mehrheit nicht nötig, dies 2017 so aufrechtzuerhalten, man kann dies um 600 000 Franken reduzieren.

Shaibal Roy (GLP): Die Minderheit 2 stellt einen Antrag auf Kürzung, die die Stellenbesetzung des Gegenvorschlags für die Initiative für ein weltoffenes Zürich vorsieht. Für das Budget 2017 sind 85 000 Franken eingestellt für eine 60 % Projektleitungsstelle, auf das ganze Jahr gerechnet. Zum jetzigen Zeitpunkt kann gesagt werden, dass das Geschäft in der zuständigen Kommission wohl erst im Frühling abgeschlossen werden kann, dann muss es unter Umständen noch vors Volk. Somit kann mit der Stellenbesetzung frühestens Mitte Jahr gerechnet werden. Es existiert auch noch kein formeller Stellenbeschrieb und damit keine Grundlage, um sagen zu können, ob es die Stelle benötigt und in welchem Umfang. Aus der Sicht der Minderheit 2 ist das nicht sinnvoll. Wenn im Verlauf der Umsetzung des Gegenvorschlags dies definiert ist, kann man jederzeit nachträglich mit einem Zusatzkredit einen realistischen Betrag einstellen. Dann gibt es eine neue Beurteilung durch den Gemeinderat. Die Minderheit 2 beantragt die Kürzung von 85 000 Franken.

Felix Moser (Grüne): Wir werden uns der SP anschliessen.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Wir sind noch in der Enthaltung, haben aber einen neuen Antrag gestellt, mit einer Kürzung um 40 000 Franken. Die Lohnkosten sind hier tiefer als im Budget 2016 und tiefer als in der Rechnung 2015. Von daher lehnen wir den Antrag ab. Was wir auch nicht für zielgerichtet halten, ist der Antrag der GLP, anders als beim Architekturzentrum, wo der Antrag Sinn machte, weshalb wir ihn unterstützt haben. Im Rahmen der Weisung hat der Stadtrat das letzte Wort darüber, ob die Stelle geschaffen werden soll oder nicht. Es ist nicht sinnvoll, hier zu streichen und für den Fall, dass die Weisung angenommen wird, dann mit komplizierten Zusatzkrediten zu arbeiten. Was man machen kann, ist, das Konto um 40 000 Franken zu kürzen, weil die Stelle vollbudgetiert ist und zum Budgetierungszeitpunkt war noch nicht klar, wann die Weisung abgeschlossen wird. Jetzt ist klar, dass die Stelle, wenn die Weisung kommt, unverändert im Parlament durchkommt. Auch dann wird die Stelle frühestens Mitte Jahr geschaffen, weshalb man die Lohnkosten für das erste halbe Jahr streichen kann. Ob man die anderen 40 000 Franken, die wir stehen lassen, braucht oder nicht, wird im Rahmen der Weisung entschieden.

22 / 47

S. 124	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1505	Stadtentwicklung Zürich				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
032.	Antrag Stadtrat				3 519 100	Minderheit 1
			600 000		2 919 100	Mehrheit
			85 000		3 434 100	Minderheit 2
						Enthaltung
						Felix Moser (Grüne) Referent Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Christian Traber (CVP) Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	SVP: Gesamtbudget zurück auf 2015 (Einsparungen von neuen Ausgaben an anderen Orten); GLP: Keine Stellenbesetzung für weltoffenes Zürich nötig, falls erforderlich Zusatzkredit beantragen			

Florian Utz (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Antrag zum Budget:

S. 124	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1505	Stadtentwicklung Zürich				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
032a.			40 000		3 479 100	Antrag SP-Fraktion
		Begründung:	Stelle für weltoffenes Zürich wird frühestens Mitte 2017 besetzt			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Minderheit 1	(3 519 100)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(2 919 100)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 434 100)	29 Stimmen
Antrag SP-Fraktion	(3 479 100)	<u>53 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

23 / 47

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(2 919 100)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 434 100)	28 Stimmen
Antrag SP-Fraktion	(3 479 100)	<u>53 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 3. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

3. Abstimmung:

Dem Antrag der SP-Fraktion wird mit 72 gegen 43 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 033.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): Auch hier geht es um Druck- und Reproduktionskosten. Das Konto war nicht Teil der tabellarischen Kürzungen. Im Bereich der Stadtentwicklung sollte man den Druck auf die Druck- und Reproduktionskosten aufrecht erhalten, weil wir da doch eine grosse Steigerung hatten von 70 000 Franken 2015 auf 90 000 Franken 2017. Wir beantragen, dass man auf die Rechnung 2015 zurückkehrt, was der Kürzung von 20 000 Franken entspricht.

Shaibal Roy (GLP): Wir unterstützen keine weiteren Anträge auf weiteren Konti und deshalb beantragt die RPK die Ablehnung des Antrags.



24 / 47

S. 124	15 1505 3101 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat				90 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			20 000		70 000 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Stefan Urech (SVP)
		Begründung:	Gesamtbudget zurück auf 2015 (Einsparungen von neuen Ausgaben an anderen Orten)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 46 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 034.

Kommissionsreferent:

Christian Traber (CVP): *Wir streichen fast die Hälfte der ganzen Position. Die Auszeichnung nachhaltige Sanierung von fast 15 000 Franken wird nicht durchgeführt und bei der Veranstaltung Handel im Wandel ist noch nicht klar, wie teuer sie wird. Dort kann man 5000 Franken einsparen und kommt so auf die 20 000 Franken.*

S. 124	15 1505 3107 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034.	Antrag Stadtrat				45 000	

25 / 47

20 000

25 000 Zustimmung

Christian Traber (CVP)
 Referent, Präsident Walter
 Angst (AL), Vizepräsident
 Michael Baumer (FDP),
 Dorothea Frei (SP), Felix
 Moser (Grüne), Shaibal
 Roy (GLP), Alan David
 Sangines (SP), Peter
 Schick (SVP), Raphaël
 Tschanz (FDP), Stefan
 Urech (SVP), Florian Utz
 (SP)

Begründung: Auszeichnung nachhaltige Sanierung wird nicht vergeben, Handel im
 Wandel reduzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 035.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK-Mehrheit beantragt eine Kürzung von 180 000 Franken auf diesem Konto. Aus Spargründen wird auf die Auszeichnung für nachhaltiges Sanieren 2018 verzichtet, entsprechend werden 2017 die 30 000 Franken für Vorbereitungsarbeiten nicht benötigt. Als zweiter Posten entfällt die Umfrage Zollfreilager, weil es schon eine ähnliche Studie gibt, auf die zurückgegriffen werden kann. Das sind weitere 10 000 Franken. Ausserdem sind auf dem Konto 139 000 Franken für Unvorhergesehenes, projektbezogene Reserven und Diverses eingestellt worden. Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass man hier mit einer defensiven Planung und Verwendung der Mittel und einer selber motivierten Kürzung oder Streckung des Projektportfolios von nicht integrationsorientierten Angeboten das Ausgabeziel von 1,07 Millionen sehr gut erreichen kann.

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Minderheit beantragt eine Kürzung von 320 000 Franken. Die Projekte, bei denen man weitere 140 000 Franken einsparen kann, sind die Migrationskonferenz, das Projekt Antidiskriminierung, Expertisen/Studien zur Nahversorgung, der urbane Werkraum, die Befragung und die Echoräume, die Stadt der Zukunft, die Reserven und Aussenbeziehungen zur EU.

S. 125 15 PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
 1505 Stadtentwicklung Zürich
 3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
035.	Antrag Stadtrat	320 000		1 249 000 929 000 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

26 / 47

180 000	1 069 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Präsident Walter Angst (AL)
Begründung: SVP: Projekte Antidiskriminierung, Sozialraummonitoring, Regionalplanung Zürich und Umgebung, Stadt der Zukunft, etc. annullieren; GLP: Kein nachhaltiges Sanieren, Umfrage Zollfreilager Unvorhergesehenes und weitere nicht integrationsorientierte Angebote			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(1 249 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(1 069 000)	100 Stimmen
Antrag Minderheit	(929 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 036.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK-Mehrheit beantragt auf diesem Konto eine Kürzung von 165 000 Franken. Zum Budgetierungszeitpunkt war die Durchführung des Freestyle.ch noch eingestellt, aufgrund der Verschiebung des Events von Zürich nach Bern wird der Betrag nicht mehr benötigt.

Dr. Daniel Regli (SVP): Die Minderheit beantragt eine Kürzung von 580 000 Franken. Das sind 450 000 Franken für die interkulturelle Programmwoche und den Austausch Zusammenleben für das weltoffene Zürich, das nächstes Jahr zur Abstimmung oder zur Volksabstimmung kommt. Dann 130 000 Franken zusätzlich für das Filmoffice, das Forum Religionen und das Kompetenzzentrum für interkulturelle Konflikte.

27 / 47

S. 125	15 1505 3650 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Zürich Beiträge an private Unternehmungen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
036.	Antrag Stadtrat				
			165 000		4 847 000 - 233 000 N 4 449 000 Mehrheit
			580 000		4 034 000 Minderheit
		Begründung:	GLP: Keine Durchführung von freestyle.ch in Zürich; SVP: Keine Beiträge Filmoffice, Forum Religionen, interkulturelle Konflikte & Programmwochen etc.		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(4 614 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(4 449 000)	101 Stimmen
Antrag Minderheit	(4 034 000)	<u>22 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 037.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir beantragen die Auflösung der Fachstelle für Gleichstellung. Es heisst immer, es sei noch viel zu tun in der Stadt und der Stadtverwaltung in Sachen Gleichstellung. Die Fachstelle gibt es seit vielen Jahren und wenn man nach dieser Zeit immer noch sagen muss, dass es nicht gut genug funktioniert, wurde der Auftrag nicht erfüllt und dann sollte man aufhören. Man hat es nicht geschafft, mit der Fachstelle die

vermeintlichen Probleme richtig anzugehen und diese zu lösen, selbst in der mehrheitlich links geprägten Stadtverwaltung. Man könnte auch sagen, die Leute sollten ersetzt werden, doch es ist vermutlich nicht möglich, Personen zu finden, die diesen Auftrag erfüllen könnten. Deshalb sind die 1,7 Millionen Franken hier eingesetzt. Vielleicht wäre die Auflösung auch eine neue Chance für die Fachstelle.

Shaibal Roy (GLP): Die Mehrheit und die Minderheit der RPK haben in Bezug auf den Stand der Gleichstellung komplett unterschiedliche Sichtweisen. Es ist uns klar, dass es eine Aufgabe der Stadt ist, die Gleichstellung gemäss Bundesverfassung und dem Auftrag des Volkes zu fördern. Aus rein technischer Sicht kann man sachlich sagen, dass der Streichungsantrag für die Stadtverwaltung nicht umsetzbar ist. Er kann nicht per 01.01.2017 umgesetzt werden, denn dann müssten die Kosten auf 0 sein. Zusätzlich müssten wir mit dem Problem der unverschuldeten Entlassungen rechnen, dort gibt es Regelungen und zusätzliche Kosten, Abfindungen, die gezahlt werden müssten, womöglich einen Sozialplan. Auf keinen Fall wäre so eine Auflösung mit dem gesamten Betrag wirksam, deshalb beantragt die Mehrheit, schon rein aus technischer Sicht, die Ablehnung dieses völlig unrealistischen Streichungsantrags.

Weitere Wortmeldungen:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Ich bin sehr enttäuscht von dem Antrag und der Begründung. Ich möchte aber noch etwas zur geschlechtergerechten Sprache sagen. Ich habe das Votum von Severin Pflüger (FDP) zu den Horten nachgehört. Dort sprach er immer von Betreuern, die Mehrheit sind aber vermutlich Betreuerinnen. Er sprach von den studierten Sozialpädagogen und Akademikern und benutzte nie die weibliche Form. Obwohl dies ein Bereich ist, in dem grösstenteils Frauen arbeiten. Dass die FDP bei diesem Antrag einfach mitmacht, finde ich sehr enttäuschend.

Severin Pflüger (FDP): Ich habe durchaus unbewusst die männliche Form verwendet. Man sollte nicht zwischen Männer- und Frauenberufen unterscheiden und man sollte auch nicht davon ausgehen, dass in Stadtzürcher Horten nur Frauen arbeiten. Das hat sich schon lange nivelliert, was man auch bei der Fachstelle für Gleichstellung sieht. Die heisst zwar noch so, doch das Thema hat sich weiterentwickelt und in verschiedene Tiefen diffundiert. Bei den Themen geht es sehr oft um körperliche und geistige Unversehrtheit von Minderjährigen und Erwachsenen, unterschiedliche Gender- und sexuelle Gewohnheiten. Das zeigt auch, was für einen Schritt unsere Gesellschaft gemacht hat. Wir haben zu Beginn der Budgetdebatte geschaut, ob es eine Mehrheit für den Antrag gibt und dabei abgewogen, was wünschbar ist und was wir wirklich benötigen. Wir haben uns auch gefragt, ob dies im Umfang von 1,7 Millionen Franken sein muss. Am Ende sind wir beim Antrag der SVP geblieben. Man sollte Themen wie Gleichstellung und Gender Diversity offen angehen und sich überlegen, wieviel Mitteleinsatz für welche Leistung aufgewendet werden soll. Nur damit wir sicher nichts falsch machen, 1,7 Millionen Franken auszugeben, ist zuviel.

Roger Liebi (SVP): Selbstverständlich haben wir uns das überlegt und fordern das auch nicht das erste Jahr. Um ein Zeichen zu setzen, dass es keinen Sinn macht,

29 / 47

setzen wir den Totalbetrag ein und sagen damit dem Stadtrat, dass das gar nicht mehr budgetiert werden soll und aufgelöst werden kann. Wenn die Kosten tatsächlich anfallen, dann könnten wir hier einen Nachtragskredit stellen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Den Einsatz für die Gleichstellung von Frauen und Männern haben wir von der Bundesverfassung und von einer Volksabstimmung auferlegt bekommen, es ist somit ein Volksauftrag. 2016 ist zum dritten Mal seit 2001 ein UNO-Fachausschuss in der Schweiz gewesen, um die Beseitigung jeglicher Diskriminierung von Frauen zu überprüfen und hat 70 Handlungsempfehlungen formuliert. Wir sind in der Verantwortung weitere Fortschritte zu machen, denn wir sind noch lange nicht am Ziel.

S. 127	15 1506 Saldo	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Laufende Rechnung / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
037.	Antrag Stadtrat				1 735 600	Mehrheit
			1 735 600		0	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Auflösung der Fachstelle für Gleichstellung			

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 038.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): Unsere schriftliche Begründung soll zum Ausdruck bringen, dass die temporären Aktionen in der Öffentlichkeit nicht der Schwerpunkt der Fachstelle für Gleichstellung sind. Wir möchten den Betrag ersatzlos kürzen.

Shaibal Roy (GLP): Es wäre wünschenswert, wenn der Weg der Erkenntnis zumindest

30 / 47

von den christlichen Kollegen eingeschlagen werden könnte. Die RPK-Mehrheit verzichtet auf eine Erhöhung und beantragt, den Streichungsantrag abzulehnen und mit dem Stadtrat zu gehen.

Weitere Wortmeldung:

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP war ursprünglich in der Enthaltung und wechselt zur Mehrheit. Es gibt durchaus auch Kampagnen, die sinnvoll sind, wir würden das nicht unbedingt als Belehrungskampagne bezeichnen.

S. 127	15 1506 3107 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
038.	Antrag Stadtrat				24 000	Mehrheit
			24 000		0	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Belehrungskampagnen nützen nichts			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 039.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK-Mehrheit beantragt eine Kürzung von 40 000 Franken auf diesem Konto und beauftragt das Bevölkerungsamt, eingeplante Reserven auf den einzelnen Budgetposten auf diesem Konto nicht auszuschöpfen. Das betrifft keine hoheitliche Dienstleistungen, für welche Ablieferungen von Erträgen auf einem Konto anfallen, die vom Bund und Kanton beispielsweise für IDs zugesprochen werden. Dies sind Teilablieferungen, die wir wieder zurückvergütet bekommen. Es ist nicht sinnvoll, dass man diese streicht, deshalb fokussieren wir uns auf die Reserven.

Martin Bürlimann (SVP): Unsere Kürzungsanträge auf dem Konto 3180 im Bevölkerungsamt sind diese: Übersetzungen für Trauungen in Höhe von 70 000 Franken, Stra-

tegie und Umsetzung in Höhe von 40 000 Franken und Veranstaltungen des Friedhoffsforums für 80 000 Franken. Die Stadtpräsidentin meinte in einer Debatte einmal, dass Friedhöfe Räume der Ruhe sind und man mit dem Friedhofs-konzept die Friedhöfe nicht zu Unterhaltungsflächen machen will. Doch auf dem Friedhof Sihlfeld gab es eine Ausstellung über tote Körper mit einer schauspielerischen Veranstaltung. Das ist pietätlos und inakzeptabel. Es gibt Menschen, die mit solchen Veranstaltungen Schwierigkeiten haben. Wenn eine solche Unterhaltungsveranstaltung um Mitternacht stattfindet, warum kann man diese nicht in der Abdankungshalle stattfinden lassen. Warum müssen solche Sachen immer wieder neben den Grabsteinen stattfinden?

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Was ich dort gesagt habe, ist weiterhin gültig. Die Veranstaltungen, die vom Friedhofsforum durchgeführt werden, stossen auf ein grosses Interesse. Es gibt viele Menschen, die nicht mehr in der traditionellen Form in einer Kirche oder in einer Religionsgemeinschaft eingebettet sind, sich aber trotzdem mit Sinnfragen zu Tod und Leben auseinandersetzen. Diese Menschen finden durch das Friedhofsforum eine Form der Auseinandersetzung mit Fragen rund um den Tod. Der Respekt für den Ort ist bei diesen Aktivitäten wichtig. Nachzudenken und sich auch in einer künstlerischen Form mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, ist eine legitime Form von Auseinandersetzung. Eine gute und respektvolle Auseinandersetzung mit diesen Fragen geschieht immer im Interesse der einzelnen Leute, der Betroffenen und auch der ganzen Gesellschaft.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Der Chef des Friedhofsamts hat uns in der Kommission besucht und dort über die Grusellegenden um Mitternacht gesprochen. Dabei wurde der Mord an einem Nachbarn beschrieben, wie das Herz entfernt wurde und das tote Herz dann den Mörder entlarvte. Der Mann vom Friedhofsamt meinte, sie hätten vermutlich eine Grenze überschritten und wollten das nächste Mal zurückhaltender sein.*

Roger Liebi (SVP): *Wir leben immer noch in einer abendländischen Gesellschaft. In aller Regel werden unsere Kinder getauft und sind Mitglied einer Religionsgemeinschaft. Diese übernehmen seelsorgerische Aufgaben und das ist eine davon. Man muss dort in den Unterricht. Es kann aber nicht sein, dass auf einmal die Stadt die Rolle der Kirche übernimmt und dann noch ein Servicezentrum zum Sterben etabliert, was dann auch noch mit Kultur verbunden wird. Dafür muss man auch noch Geld ausgeben und nochmal jemanden beschäftigen.*

S. 131	15 1530 3180 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter
--------	-------------------------	---

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
039.	Antrag Stadtrat	140 000		5 502 000 5 362 000	Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Stefan Urech (SVP)

32 / 47

40 000

5 462 000 Mehrheit

Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: SVP: Keine Veranstaltungen Friedhofsforum, Reduktion Strategie-Erarbeitung und Übersetzungen bei Trauungen; GLP: Keine Reserven einplanen

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(5 502 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(5 462 000)	101 Stimmen
Antrag Minderheit	(5 362 000)	<u>23 Stimmen</u>
Total		124 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 040.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Christian Huser (FDP): 2016 sind die Mehrkosten der Post- und Telekommunikationsgebühren mit der Führung des kantonalen Registers für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer begründet worden. Dadurch würden Mehreinnahmen auf dem Konto 4340 generiert werden. Doch wenn ich das Konto betrachte, sind dort für das Jahr 2017 nur 24 000 Franken Mehreinnahmen budgetiert worden. Trotzdem sollen die Kommunikationsgebühren wieder um 61 000 Franken aufgestockt werden. Aufgrund dessen, dass keine grossen Mehreinnahmen gemacht werden können, muss es möglich sein, die Post- und Telekommunikationsgebühren zu reduzieren, weshalb wir eine Budgetverbesserung von 61 000 Franken beantragen.

Shaibal Roy (GLP): Aufgaben, die gesetzlich gebunden sind, generieren höhere Kosten für das Porto ins Ausland. Wenn man der Meinung ist, dass dem nicht gleichhohe

und Weiterentwicklung des hoheitlich zu führenden Gebäude- und Wohnungsregisters des Bevölkerungsstatistiksystems. Das sind vertragliche Vereinbarungen, die wir führen müssen und diese kosten alleine schon 460 000 Franken. Der Betrag, der auf dem Konto verbleiben würde, wäre also weniger als der Betrag, den wir nur schon allein für die Pflege der hoheitlich zu führenden Systeme benötigen. Deshalb beantragen wir eine Ablehnung des Antrags.

S. 134	15 1560 3189 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Statistik Stadt Zürich Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat				700 000	Mehrheit
			250 000		450 000	Minderheit
		Begründung:	Verzicht auf Projekt Wohnbaupreise, hierzu sind schon viele Statistiken vorhanden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 43 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) zu.

Antrag 043.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *In der städtischen Verwaltung arbeiten viele gutausgebildete Leute. Wenn jemand gut arbeitet, möchte er sich auch entwickeln. Mit dem Projektstab Stadtrat hat man ein Gefäss geschaffen, bei dem man schon damals nicht wusste, warum es überhaupt geschaffen wurde. Ein Staatsorgan sollte nur das machen, was es unbedingt machen muss. Deshalb sollte man die Fachstelle streichen, damit der überbordende Staatsapparat nicht noch mit zusätzlichen Projekten weiterwächst.*

Shaibal Roy (GLP): *Rein technisch ist das nicht umsetzbar. Man kann nicht per 01.01.2017 die Lohnkosten auf diesem Konto auf 0 setzen. Bei den vergangenen Grossprojekten, wie dem Kongresshaus oder der Tonhalle, ist durchaus der positive Eindruck entstanden, dass dies eine lohnende Zusammenfassung von Stellen ist. Wenn man sie streichen würde, existieren die Projekte nach wie vor und die Stellen müssten*

36 / 47

demnach in den Departementen übernommen werden. Deshalb beantragt die RPK eine Ablehnung des Antrags.

S. 135	15 1561 Saldo	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement Laufende Rechnung / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
043.	Antrag Stadtrat				946 800	Mehrheit
			946 800		0	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Stefan Urech (SVP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Projektstab Stadtrat hat seine Aufgaben erfüllt. Die Grossprojekte wurden abgeschlossen oder sind im Abschluss begriffen. Weitere Grossprojekte können in den alten Strukturen abgewickelt werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

2529. 2016/305

Weisung vom 14.09.2016:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2017 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetantrag

Schlussdebatte:

Michael Baumer (FDP): *Wir haben am Anfang gesagt, dass uns ein negatives Budget nicht genügt. Dass die Vorlage des Stadtrats ungenügend ist und dringend Verbesserung benötigt. Aus unserer Sicht wäre der Stadtrat in der Verantwortung gewesen, uns ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Also hofften wir auf den Gemeinderat und seine Kompetenz. Nach drei Tagen Debatte hat aber auch er gezeigt, dass er seine Verantwortung nicht wahrgenommen hat. Dies wäre jedoch, ohne grosse Leistungseinbussen, möglich gewesen. Dass für die Linken ein Defizit offensichtlich kein Problem ist, damit haben wir uns mittlerweile abgefunden. Aber andere Fraktionen haben noch in ihrer Fraktionserklärung geäußert, dass das Parlament in der Verantwortung steht. Das Potenzial der Stadt verspielen wir auf diese Art und Weise. Wir bewegen uns derzeit in einem Umfeld mit rekordhohen Steuern, tiefsten Tiefzinsen*

und einem brummenden Wirtschaftsmotor und verzeichnen trotzdem ein negatives Budget. Das Budget zählt seit 2008 470 Millionen Franken Mehrausgaben, und zwar noch vor der Finanzkrise. Doch man wollte vermutlich noch ein weiteres Argument für die anstehende Unternehmensteuerreform III-Abstimmung entkräften. Die Ablehnung der USR III, die mindestens eine Mehrheit des Stadtrats öffentlich gemacht hat, ist unverantwortlich. Es ist bekannt, dass man das alte Regime nicht mehr umsetzen kann. Bei einer Ablehnung dieser Reform gibt es einfach keine flankierenden Massnahmen. Damit würde Zürich als Standort für innovative Firmen gefährdet und massiv an Attraktivität verlieren. Davon sind Arbeitsplätze betroffen und letztlich auch wieder Steuern. Mit genügendem Willen hätte man ein gutes Polster schaffen können, um dieses auch bei einer Umsetzung der USR III, die die Schweiz als OSZE-Land nun einmal vornehmen muss, für einen innovativen Standort nutzen zu können. Doch sieht man sich die Finanzplanung und das Budget an, muss man feststellen, dass das nicht der Fall war. Alle, die das Budget so genehmigen, verspielen das Potenzial der Stadt.

Florian Utz (SP): *Inhaltlich sind wir der Meinung, dass der Stadtrat ein ausgewogenes Budget vorgelegt hat. Im Parlament ist es zu manch schmerzhafter Kürzung gekommen. Besonders hervorheben möchte ich die Kürzung bei den Lohnkosten in Höhe von 5 Millionen Franken zu Lasten des Personals. Dies ist uns wenig verständlich in einem Jahr, in dem wir mindestens 175 Millionen Franken Überschuss haben werden. Dass man auf das Stadtspital Triemli losgegangen ist, verstehen wir auch nicht. Gleichzeitig stellen wir aber auch erfreut fest, dass einige Kürzungen, die beantragt worden sind, nicht genehmigt wurden. Insbesondere die 70 %-Kürzung für Planungskosten bei bezahlbaren Wohnungen in der Stadt oder der Antrag, alleine bei den Schulen 300 Stellen zu streichen. Froh sind wir auch, dass die Kürzung bei der Entwicklungshilfe verhindert werden konnte. Wir werden dem Budget so zustimmen. Eine viel gewichtigere Debatte mit einer grossen Auswirkung auf das Budget führen wir bereits Anfang 2017, nämlich diejenige über die Unternehmenssteuerreform III. Dort werden wir über Steuerausfälle von 300 Millionen Franken diskutieren, was 20 Steuerprozenten für natürliche Personen entspricht. Wenn die Reform durchkommt und man dies, bei den Steuern für natürliche Personen, über Mehreinnahmen kompensieren will, müsste man die Steuern 20 % erhöhen. Das wird vermutlich so nicht passieren, eher wird man eine Mischung aus 10 % Erhöhung und 150 Millionen Franken massiven Leistungstreichungen anstreben.*

Stefan Urech (SVP): *Für uns waren es drei frustrierende Tage, weil wir sehr viele Sparanträge eingereicht haben, die allesamt abgeschmettert wurden. Ich mache mir ernsthafte Sorgen um die GLP. Vor der Budgetdebatte hiess es, die Partei wolle das Budget einer Intensivpflege unterziehen, eine Trendwende mit strikter Kostendisziplin herbeiführen. Man erzählt also den Wählern, dass man eine knallharte Finanzpolitik fährt und macht an der Budgetdebatte das pure Gegenteil. Für uns ist das Budget absolut ungenügend, weshalb wir es selbstverständlich ablehnen werden.*

Shaibal Roy (GLP): *Rein zahlentechnisch betrachtet, haben wir über 90 Streichungsanträge in den Rat gebracht, die Mehrheiten finden konnten. Wir haben finanzpolitische Forderungen und Vorstellungen, die auch so formuliert sind. Diese*

gehen aber vielmehr in die Richtung, dass man sie gemeinsam erreichen soll. Wir fordern klar vom Stadtrat, dass der Budgetprozess von dem mikroskopischen Vorgehen, auf Einzelkonti diverse Beträge herauszustreichen, wegkommen soll. Das braucht seine Zeit. Wir haben die letzten Jahre immer diese mikroskopische Multidebatte geführt und wir glauben daran, dass es einen anderen Weg gibt. Das bedeutet aber nicht, beim Budget 2017 ganz auf Null zu fahren, sondern dieses gemeinsam und realistisch umzusetzen. Das ist unser Ziel und das einzige, das wir konkret auch formulieren und fordern. Als Parlament stehen wir hier in der Pflicht, insbesondere auch dann, wenn der Stadtrat daran arbeitet, die benötigten Massnahmen umzusetzen. Uns stehen mit der USR III Herausforderungen ins Haus, die uns definitiv nicht mehr die gleiche Ausgangslage beschere, wie wir sie jetzt haben.

Walter Angst (AL): Die RPK hatte eine gemeinsame Position, die nicht von allen getragen wurde, nämlich dass das Budget ausgeglichen sein sollte. Wir stehen nicht an dem Punkt, an dem wir aus finanzpolitischer Sicht, mit einer überwiegenden RPK-Mehrheit, stehen wollten, aber wir haben uns dem Ziel angenähert. Der Wunsch der RPK ist, dass der Stadtrat ein Budget vorlegt, das sich in der Nähe des ausgeglichenen Budgets befindet, ohne dass irgendwelche kosmetischen Massnahmen darin enthalten sind. In der Finanzpolitik sollte das ein gemeinsames Ziel sein und man sollte schauen, dass das Potenzial der Stadt durch aktive Investitionen nicht beschnitten wird. Wir warten, was jetzt kommt in Sachen Steuerpolitik, das Volk entscheidet. Die Steuerpolitik, die darauf abzielt, viele Firmen in die Stadt zu bringen, die möglichst viel Kapital hier versteuern und wenigstens mit einem minimalen Steuersatz noch irgendwie Ertrag bringen, halten wir langfristig nicht für eine nachhaltige Strategie. Mit der USR III wird es aber so sein, dass Unternehmen entlastet und die Privaten belastet werden, entweder über Leistungskürzungen oder über höhere Steuern.

Samuel Balsiger (SVP): Wir haben jetzt ein paarmal gehört, dass sich die GLP inkonsequent verhält, sich einerseits nach aussen bürgerlich gibt und dann doch mit den Linken stimmt. Die GLP kommt aus der linken Ecke und will immer im Mittelpunkt stehen. Wenn die Linken keine Budgetkorrekturen machen, ist das glaubwürdig, weil sie Machtpolitik betreiben und Minderheiten komplett ausser Acht lassen. Wenn aber die GLP sagt, sie wolle langfristig eine Verbesserung erwirken und wir von einem Budget von 8,7 Milliarden Franken gerade einmal 0,3 % korrigieren und sie sich weiterhin als liberal und bürgerlich betitelt, ist das nicht sehr glaubwürdig.

Karin Weyermann (CVP): Wir haben einige Stunden über das Budget diskutiert und versucht, auf ein ausgeglichenes Budget zu kommen. Es sind zahlreiche Anträge, die wir unterstützt haben, durchgekommen. Wir bedauern die Annahme der Erhöhung bei der Entwicklungshilfe, basiert diese doch auf einem Konsens des Stadtrats und der Parteien. Es ist auch unverständlich, dass man jetzt, wo man ein Defizit budgetiert, die Entwicklungshilfe erhöht, obwohl der Konsens besteht. Erfreulich ist, dass die RPK eine sehr gute Arbeit gemacht hat und sich bereits im Bereich der RPK auf der bürgerlichen Seite zahlreiche Anträge finden konnten. Gewisse sogar mit der SP und auch zahlreiche, bei denen die ganze RPK Streichungsanträge gestellt hat. Das Potenzial für eine effiziente Budgetdebatte wäre also vorhanden gewesen. Doch die Hoffnung hat

sich ein wenig zerschlagen, als festgestellt wurde, wie viele Postulate eingereicht wurden. Darüber muss man diskutieren und prüfen, ob dies in dem Mass sinnvoll ist. Waren diese doch teilweise sehr weitreichend und konnten nicht im Budget diskutiert werden. Wir können dem Budget zustimmen und möchten nicht, dass man es ablehnt. Dafür ist das Budget zu wenig schlecht. Für die Zukunft wünschen wir uns aber, dass der Stadtrat ein ausgeglichenes Budget einreicht.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Auch wir werden dem Budget zustimmen. Wir haben wenig über die Aufgaben geredet, vielmehr über die Finanzen und Zinsen. Dazu kamen sehr viele Postulate, was weniger an eine Budgetdebatte erinnert hat, sondern vielmehr an eine normale Debatte. Es stellt sich die Frage, ob wir wirklich so viele Themen in diesem Rahmen diskutieren müssen. Die RPK hat sehr gute Vorarbeit geleistet, es gab sehr viele Anträge, die schon im voraus feststanden. Die sinnvollen Anträge haben alle eine Mehrheit gefunden. Ein Tiefpunkt der Budgetdebatte waren für uns die Lohnmassnahmen. Wir haben gehört, dass wir 2016 sehr gut abschliessen. Mit dem Stichentscheid des Präsidenten fand man aber, dass man dem Personal keine höheren Löhne zugestehen will, was wir nicht gut finden. Auch im Fall Triemli war für uns eine Kürzung in dieser Situation nicht angebracht.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Budget ist und bleibt unbefriedigend. Erschreckt hat mich das Votum von Stadtrat Daniel Leupi, der meinte, die Schulden wären nicht mehr so gross, wenn wir eine Inflation hätten. Eine Inflation herbeizuwünschen, ist nicht lobenswert. Damit reduziert man zwar Schulden, aber gleichzeitig auch die Ersparnisse derer, die gespart haben, man reduziert also auch die Renten. Eine Inflation ist hoch gefährlich und das denkbar ungeeignetste Mittel, um die Schulden zu reduzieren.

Martin Luchsinger (GLP): Wenn man konstruktiv miteinander eine Budgetdebatte führen will, ist die Diskussion ein wenig schwierig. Wir wollen vernünftig sparen und stellen keine Anträge, die nicht umsetzbar sind. Wir sind offen für alle guten Sparanträge, egal von welcher Ratsseite sie kommen. Sparen bedeutet, dass man keine Scheuklappen hat. Das ist auch ein Aufruf an die SVP, nicht immer in Extrempositionen zu gehen, sondern zusammen die Stadt in eine finanzpolitisch gute Zukunft zu bringen.

Roger Liebi (SVP): Wir haben klare Grundsätze zum Budget, nicht nur zum laufenden. Wir machen uns nicht nur Sorgen über ein Budgetdefizit, sondern die generelle Schuldenpolitik der Stadt. Im Finanzplan ist bis 2020 ein Fremdkapitalbetrag von 11 Milliarden Franken vorgesehen. Davon gehen wir bei einer Budgetplanung aus und wenn man hier die Schulden reduzieren muss, reicht es nicht, 20 bis 23 Millionen Franken einzusparen. Die Frage eines Remo-Budgets stellt sich. Wenn wir in den letzten Jahren nicht auf den Einzelkonti gespart haben, wurde gesagt, wir dürfen keine Pauschalkürzungen machen. Es stellt sich uns also die Frage, in welche Richtung ein zukünftiger Budgetprozess gehen soll. Hierzu sollten sich alle Gedanken machen, wenn man die Kürzungen nicht mehr auf den Einzelkonti möchte. Wenn die Umsetzung des neuen Gemeindegesetzes kommt, wird es, mit der Glättung einer ausgeglichenen Rechnung über fünf oder acht Jahre, eine Änderung geben. Wenn man dies festgelegt

hat, wird die Debatte über die mittelfristige Planung wesentlich wichtiger, als über das Budget alleine. Die Unternehmenssteuerreform kommt nicht nur den Grossfirmen und den Aktionären zugute. Eine Grossfirma ist nur deswegen eine, weil sie viele Leute angestellt hat. Und wenn man gegen Grossfirmen ist, ist man im Grunde auch gegen die Angestellten in diesem Land.

Martin Bürlimann (SVP): *Der Stadtrat hat das Problem erkannt und nennt es klar beim Namen, was etwas Positives ist. Dass man keine Massnahmen im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) gesehen hat und man es nicht fertig gebracht hat, substanzielle Kürzungen anzubringen, ist der negative Aspekt. Die Unternehmenssteuerreform, die ganz furchtbare Ausfälle bringen soll in Höhe von 300 Millionen Franken, ist für mich kein Ausfall. Das sind Gewinne, die in der städtischen Kasse nicht sichtbar sind. Das Geld ist nicht verloren. Wenn man die Steuern für Unternehmungen senkt, macht die Unternehmung etwas damit. Sie gibt das Geld sofort wieder aus, entweder als höhere Löhne, realisiert neue Projekte oder schüttet einen höheren Gewinn aus. Das Geld kommt sofort wieder in Umlauf. Das Steuersubstrat wird langfristig steigen. Jetzt, wo wir die höchsten Steuereinnahmen verzeichnen, hätten wir die Kosten substanziell senken können, dort, wo es nicht so weh tut. Man hätte einzelne Grundstücke verkaufen können, das Eigenkapital stärken und die Bilanz sanieren können. Später wird dies schmerzvoller sein.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Neu war für mich, dass wir dieses Jahr keine Diskussion über den Steuerfuss hatten. Der AFP ist ein Arbeitsinstrument des Stadtrats und dazu wurde die Meinung klar zum Ausdruck gebracht. Der Gemeinderat will jedes Jahr, dass das Budget ausgeglichen ist. Das ist auch das Ziel des Stadtrats, aber wir schauen das mittelfristig an, wie das letztlich auch im neuen Gemeindegesezt zum Ausdruck kommt. Der Pleitegeier kreist noch nicht über der Stadt, aber die Finanzlage ist angespannt. Einerseits können wir eine erfreuliche wirtschaftliche Lage vermelden, dem gegenüber stehen aber die Wachstumskosten, die die Rechnung deutlich prägen. Die Unternehmenssteuerreform ist eine Herausforderung, aber wir sollten das ein wenig gelassener angehen. Es wurde erwähnt, dass wir seit 2008 Mehrausgaben in Höhe von 470 000 Millionen Franken gehabt hätten, und zwar vor der Finanzkrise. Das stimmt so nicht, es waren Mehrausgaben nach der Finanzkrise. In der diesjährigen Budgetdebatte wurden insgesamt 41,3 Millionen Franken eingespart und wir verzeichnen ein Minus von 27,3 Millionen Franken.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

41 / 47

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): *Die fast schon einstimmige RPK beantragt die Zustimmung, dass der Stadtrat die pauschalen Budgetkredite im städtischen Lohnsystem auf die verschiedenen Organisationseinheiten übertragen darf.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Peter Schick (SVP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 103 gegen 0 Stimmen (bei 22 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): *Der Steuerfuss ist 119 %. Wir bitten darum, mit Ja zu stimmen.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): *Wir möchten keine Steuersenkung machen. Im Vordergrund steht für uns, dass wir die Finanzen mit den Schulden zusammen sanieren. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Anträge so zu gestalten, dass wir nicht nur eine ausgeglichene Rechnung haben, sondern zusätzlich Schulden, also Fremdkapital, zurückfahren können. In dem Zusammenhang macht es keinen grossen Sinn, im Wissen über allfällige Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III, jetzt noch eine zusätzliche Steuersenkung zu fordern. Wir haben das Ziel, Schulden abzubauen und deshalb verzichten wir dieses Jahr auf den Steuersenkungsantrag.*

42 / 47

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): *Die RPK ist, zusammen mit dem Postulanten, der Meinung, dass man den Globalbudgetantrag als erledigt abschreiben kann.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Baumer (FDP): *Ein Teil des Budgetentwurfs des Stadtrats behandelt auch diverse Stiftungen, so wie die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum (PWG). Die RPK-Mehrheit beantragt, deren Budget für das Jahr 2017 zuzustimmen.*

Stefan Urech (SVP): *Wir gehen in die Enthaltung.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

43 / 47

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 0 Stimmen (bei 21 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Michael Baumer (FDP): Auch für die Stiftung für kinderreiche Familien beantragt die RPK-Mehrheit das Budget für das Jahr 2017 zur Kenntnis zu nehmen.

Stefan Urech (SVP): Wir nehmen das Budget ablehnend zur Kenntnis. Nach wie vor kontrolliert man nicht, wie viele Leute genau in den Wohnungen leben, wenn die Kinder ausgeschwärmt sind.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2017 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

44 / 47

Mehrheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Stefan Urech (SVP), Referent; Peter Schick (SVP)

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent:

Peter Schick (SVP): Die RPK-Mehrheit beantragt die Zustimmung zum Budget 2017 der Stiftung für Alterswohnungen der Stadt Zürich.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Zustimmung: Peter Schick (SVP), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Ausstand: Ursula Uttinger (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Felix Moser (Grüne): Die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen ist noch sehr jung und deshalb ist es klar, dass es im Moment noch keine greifbaren Resultate gibt. Bei der Stiftung PWG ging es nach der Volksabstimmung auch mehrere Jahre, bis erste Projekte realisiert werden konnten. Es wurden bereits verschiedene Grundstücke analysiert und die Stiftung zieht einige dieser Grundstücke für konkrete Projekte in Betracht, namentlich soll hier unter anderem das Guggach-Areal genannt werden. Die RPK-Mehrheit bittet darum, das Budget der Stiftung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Michael Baumer (FDP): 2013 hat die Stiftung ihre Arbeit aufgenommen. In drei Jahren hat sie Null Siedlungen gebaut. Es gibt heute schon die Stiftung PWG, die alles erfüllt, was hier gefordert wird. Wir nehmen das Budget ablehnend zur Kenntnis, weil wir nach wie vor nicht wissen, was genau der Geschäftsbereich 2017 wirklich macht.

45 / 47

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 8:

8. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen für das Jahr 2017 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Felix Moser (Grüne), Referent; Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
Enthaltung:	Präsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 44 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit:	Felix Moser (Grüne), Referent; Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
Enthaltung:	Präsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 44 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

Felix Moser (Grüne): *Im Rahmen der Budgetberatung haben wir die drei Kredite, die die Stadt an die AOZ überweist, schon bewilligt. Jetzt geht es noch um die Kenntnisnahme des Globalbudgets. In der RPK sind in der Beratung Zweifel aufgetaucht, ob das Budget der AOZ den Anforderungen an ein Globalbudget genügt. Hierbei standen vor allem formelle und nicht inhaltliche Fragen im Fokus. Die Mehrheit der RPK bittet darum, das Globalbudget der AOZ zur Kenntnis zu nehmen.*

Peter Schick (SVP): *Die SVP lehnt den Globalbudgetbericht ab. Wir sind dagegen, dass die AOZ immer mehr macht, als das gesetzliche Minimum verlangt. Die*

46 / 47

Ergänzungsleistungen steigen auch jährlich und wir sind gegen die Willkommenskultur in der Stadt, weil diese auch ein Grund dafür ist, warum die Kosten ständig steigen.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 9

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 9:

9. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2017 mit zwei Produktgruppen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
Enthaltung: Präsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 42 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 9

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 9.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 9.

Mehrheit: Felix Moser (Grüne), Referent; Präsident Walter Angst (AL), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Peter Schick (SVP), Referent; Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)
Enthaltung: Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 42 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Das Budget der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2017 wird genehmigt.
b. Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2017 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische

47 / 47

- Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 11 097 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2017 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
 4. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2015/263, von Dr. Daniel Regli (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 19. August 2015 betreffend Globalbudget Museum Rietberg, Festlegung der Steuerungsvorgabe «Besuchszahlen Gesamtmuseum» auf der Grundlage der von externen Besuchern bezahlten Eintritten, wird als erledigt abgeschlossen.
 5. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2017 wird genehmigt.
 6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.
 7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.
 8. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen für das Jahr 2017 wird zur Kenntnis genommen.
 9. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2017 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 28. Dezember 2016 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat